

Einleitend merkt BM Böhling an, dass die Niedersächsische Kommunalprüfungsanstalt (NKPA) eine Prüfung für die Jahre 2007 – 2009 durchgeführt hat. Der Bericht der NKPA wurde seinerzeit allen Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben. Aus diesem Grund findet nun heute diese Sondersitzung statt. BM Böhling betont, dass die Stadt Schortens nicht allein geprüft wurde, sondern dass neben der Stadt Schortens noch neun weitere selbständige Gemeinden geprüft wurden. Der Bericht der NKPA wurde dem Landkreis Friesland zur Kenntnis gegeben.

StOAR Idel stellt anhand einer Power Point Präsentation , die in der Niederschrift als Anlage beigelegt ist, den Bericht über die überörtliche Prüfung der Haushaltsjahre 2007 – 2009 vor.

Die von der Politik im Vorfeld eingereichten Fragen zur Thematik sind in die Power Point Präsentation eingearbeitet.

StOAR Idel erläutert im Einzelnen, dass die Niedersächsische Kommunalprüfungsanstalt (NKPA) im Wesentlichen fünf Bereiche, nämlich

- Die Verwaltungssteuerung,
- Das Gebäudemanagement,
- Das Personalmanagement,
- Einrichtungen und Kassenwesen
- und den Bereich Haushalt und Finanzen geprüft habe.

StOAR Idel stellt dar, dass lt. GemHKVO nur die **wesentlichen** Produkte im Haushaltsplan (HP) aufgeführt werden sollten. Die Stadt Schortens hat darüber hinaus **alle** Produkte im HP aufgeführt. Das wurde von der NKPA angemerkt. RM Eggerichs fragt, welches denn als die wesentlichen Punkte beschrieben werden. Die wesentlichen Produkte werden vom Rat selbst festgelegt. Der Ausschussvorsitzende bemerkt, dass die gesetzliche Anforderung lediglich eine Mindestanforderung darstellen kann. Nimmt die Stadt Schortens nun Produkte in ihren HP auf, die über die wesentlichen Produkte hinausgehen, so sind die Mindestanforderungen nach der GemHKVO auf jeden Fall erfüllt. Der Prüfbericht habe außerdem nur die Qualität einer Empfehlung.

BM Böhling bemerkt dazu, dass im Rahmen einer Doppikveranstaltung auch schon der Hinweis kam, dass nur die wesentlichen Produkte im HP dazustellen seien. Schon seinerzeit wurde festgestellt, dass der Rat der Stadt Schortens jedoch wegen der Übersichtlichkeit und Transparenz alle Produkte abgebildet sehen möchte.

Zum Thema der Raumbewirtschaftung hatte die NKPA bemerkt, dass die Vergleichsberechnungen zu Eigen- und Fremdreinigungen nicht aktuell seien. Die BfB-Fraktion fragt an , ob eine Optimierung der Reinigungsdienste und die Option der Fremdvergabe weiter geprüft werde. BM Böhling führt hierzu aus, dass vor sieben Jahren ein Vergleich Eigen-Fremdreinigung stattgefunden habe. Anstatt eine Fremdfirma zu beauftragen, wurde der Reinigungsdienst städtisch gelassen, die Reviere wurden jedoch neu organisiert, um eine Angleichung an die privaten Unternehmen zu erreichen.

Eine Fremdfirma kam zum damaligen Zeitpunkt, wie auch heute noch, lt. BM Böhling aus seiner Sicht, nicht in Frage. Die Reinigungskräfte werden seit einiger Zeit nach einer neuen Lohngruppe bezahlt. Es besteht eine Zusatzversorgung über den öffentlichen Dienst. Da die Reinigungskräfte gerade seit der neuen Reviereinteilung einen immensen Mehraufwand haben, sollte ihnen diese Zusatzversorgung auch zu gute kommen.

RM Just merkt an, dass diese These genauestens überdacht werden sollte, da ihm zu Ohren gekommen sei, dass die Reinigungskräfte zum Teil wenig Leistung brächten. Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung werde er gerne hierüber Näheres erläutern.

Der Ausschussvorsitzende bemerkt zu dem Bericht von StOAR Idel, dass viele Lösungsansätze der NKPA bereits im Haushalt eingepflegt seien. Bzgl. des zentralen Gebäudemanagements stellte StOAR Idel dar, dass eine Prüfung zur Zeit statt findet, diese jedoch noch nicht abgeschlossen sei. Nur als 'Vorweginformation' kann gesagt werden, dass ein dbzgl. Programm einen nicht unerheblichen Kostenfaktor im Budget darstellen werde. RM Homfeldt bittet um Bezifferung. StOAR Idel teilte mit, dass es sich hier um einen Betrag um ca. 100.000,00€ handeln werde. Zur gegebenen Zeit wird es zu diesem Thema ebenfalls eine Sondersitzung geben.

Bezüglich der Personalkosten wird eine Aufstellung auf Frage der BfB-Fraktion gezeigt, auf welcher die wesentlichen Mehrkosten der freiwilligen Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche zu sehen sind. RM Just kann den Argumenten der Verwaltung für die Drittkräfte in Kindergärten und Krippen nicht folgen. Nach seiner Ansicht liegt der Landesstandard bei zwei Kräften. Auch mit zwei Kräften kommen andere Kommunen zurecht. Da es sich bei den Mehrkosten von 150.000,00€ um einen nicht unerheblichen Betrag handelt, sei dieser Luxus seiner Ansicht nach zu überdenken.

RM Homfeldt merkt an, dass die Haushaltsberatung 2012 hier nicht vorweggenommen werden sollte. Seiner Meinung nach solle aber die Familienfreundlichkeit in Schortens erhalten bleiben. Hierzu fragt er an, ob damit geworben wurde.

StD Müller entgegnet auf den Beitrag des RM Just, dass sie keine konkreten Zahlen habe, aber wisse, dass viele Gemeinden Drittkräfte beschäftigen.

Zu der Frage des RM Homfeldt entgegnet StD Müller, dass es Flyer für interessierte Neubürger gibt, die die Familienfreundlichkeit der Stadt Schortens zum Ausdruck bringen. Außerdem habe sie Rückmeldungen aus Kindergärten, dass viele Eltern ihre Kinder dort angemeldet haben, da Schortens eine familienfreundliche Stadt sei.

Auch RM Riemer befürwortet die Drittkräfte Regelung in Kindergärten.

RM Just fragt, ob die Kosten der Jugendwerkstatt in der Aufstellung der Personalausgaben der Kinder- und Jugendhilfe enthalten seien. Dies wurde von StOAR Idel bejaht. Zum Thema Beteiligungsmanagement wird von der SPD Fraktion die Frage eingebracht, welche Kosten an Beteiligungen entstehen und welcher Nutzen daraus entsteht. Die Antwort wird in Form einer Aufstellung aufgezeigt. RM Eggerichs erfragt die Laufzeit des Forsthausvertrages. BM Böhling teilt mit, dass dieser Vertrag noch bis mindestens 2020 liefere. Dieser Vertrag könne auch nicht vorzeitig gekündigt werden. Seinerzeit wurde dieser Vertrag aufgrund von Landeszuschüssen geschlossen. Die Frage der BfB-Fraktion bzgl. der Preise für Passbilder, wurde ebenfalls im Rahmen der Power Point Präsentation beantwortet. Die NKPA ging auf dieses Thema ein, da es sich bei den Einnahmen der Passbilder um eine privat-rechtliche Forderung handelt, dessen Erhöhung eigentlich durch den Rat beschlossen werden müsste. Aufgrund der geringen Erhöhung (30ct.), wurde die Erhöhung jedoch lediglich verfügt. Die SPD – Fraktion möchte wissen, ob der Haushalt in Zukunft eher verabschiedet werden wird. Darauf entgegnet BM Böhling, dass mehrere Projekte in naher Zukunft (Einführung des

Bürgerhaushalts, Verfahren Eckwerte) in Angriff genommen werden müssen. Bis 30.11. soll der Haushalt nach Gesetzeslage beschlossen sein. Mit dem Rat ist zu besprechen, ob das bisherige Verfahren nicht vereinfacht werden kann. Wenn mehrere Projekte geplant sind und diese noch in den Ausschüssen vorgestellt werden sollen, komme es zu Verzögerungen. RM Eggerichs merkt aufgrund der dargestellten Planzahlen der Kreditentwicklungen an, dass sich die Kreditbelastung in den nächsten fünf Jahren fast verdoppele. Da müsse nach seiner Ansicht etwas geschehen. Es wurde noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei den langfristigen Schulden um Planzahlen handelt.